

Italien und das Corona-Virus – oder: Die Notwendigkeit einer Revolution

von Luciana Castellina¹



⇨ **Luciana Castellina** ist Kolumnistin der italienischen Tageszeitung *Il Manifesto*, die sie 1969 mitbegründete, und war von 1979 bis 1999 Abgeordnete im Europaparlament. Sie ist außerdem Ehrenpräsidentin von ARCI (die größte nicht-katholische NGO Italiens) und Vorstandsmitglied der Partei *Sinistra Italiana*.

Foto: privat

Das Coronavirus ist zehn Tage früher nach Italien gekommen als in die anderen europäischen Länder. Hier bei uns musste es sich mit einer bizarren Regierung auseinandersetzen. Sie ist so bizarr, dass ich nicht weiß, wie ich es jemandem, der oder die die Besonderheiten Italiens nicht kennt, erklären kann.

Diese Regierung wird „Conte 2“ genannt, da es schon eine Regierung „Conte 1“ gab, die bis August 2019 im Amt war. Damals kündigte der Ministerpräsident plötzlich im Laufe der parlamentarischen Plenarsitzung in der Sommerzeit die Koalition mit dem entsetzlichen Salvini von der Lega auf. Dies war auch gegen den allbekanntesten ehemaligen Ministerpräsident Berlusconi und Giorgia Meloni, die Erbin des neofaschistischen MSI (Movimento Sociale Italiano), der sich jetzt als patriotische „Fratelli d’Italia“ bezeichnet, gerichtet. Diese Parteien wurden durch den Partito Democratico (PD) (der die 5-Sterne-Bewegung immer als die schlimmste Bewegung der italienischen Gesellschaft ansah) und den LeU (Liberi e Uguali) ersetzt. Hierbei handelt es sich um eine Koalition, die von unserer wenig starken italienischen Linken, manches Ex-PD-Mitglied und der beträchtlichen Gruppe ehemaliger Ministerpräsidenten und Präsidenten der Regionen, die sich nun „Art.1“ nennen, gebildet wurde.

Die derzeit größte politische Kraft im aktuellen Parlament, die 5-Sterne-Bewegung, die den unbekanntesten Anwalt Conte auf den Schild geholt

hat, die sowohl als Links und auch als Rechts bezeichnet werden kann (sie bezeichnen sich selbst weder als Rechts noch als Links), machte diese plötzliche Kehrtwende möglich. Damit konnte Conte einen Rekord einfahren: Er ist der erste Ministerpräsident, der bruchlos, das heißt ohne Wahlen, erst eine Rechts- und dann eine Linkskoalition anführt. Auch das Coronavirus soll fassungslos gewesen sein, als es in Italien eintraf. Viele Europäer waren ohne Zweifel fassungslos. Daher kommt es auch, dass nicht wenige FreundInnen und GenossInnen sich erschreckt an uns wandten, z.B. aus Berlin, Paris oder Madrid, als die Epidemie ausbrach, um uns quasi bei sich Asyl anzubieten. Wir sollten im Laufe dieser gravierenden epidemiologischen und sozialen Krise nicht unter einer solchen Regierung leben müssen. Bezogen auf diese Besorgnisse waren wir ItalienerInnen allerdings perplex. Zunächst deshalb, da Frankreich und Spanien einer ebensolchen Gefahr ausgesetzt waren – ganz zu schweigen von Großbritannien. Das hing mit der anfänglichen Unterbewertung der Pandemie und der Verspätung, mit der das Virus bekämpft wurde, zusammen. Bei uns ist hingegen, trotz vieler Fehler und Schwächen des öffentlichen Gesundheitssystems, das von jahrzehntelangen Sparmaßnahmen aller Regierungen massakriert wurde, alles einigermaßen gut verlaufen.

Ich möchte sagen, dass der von Conte angeführte karnevalistische Ministerrat – in dem die besonnenen MinisterInnen der alten Linken „Ellbogen an Ellbogen“ mit den Fünfsterne-Jungen, die keinerlei Ahnung und keine administrative Erfahrung haben, und wir, die neue Linke, zusammensaßen – ziemlich gut gearbeitet hat. Und dies obwohl wir überrascht waren, uns in der Regierung zu befinden; das ist etwas, wie ihr wisst, was nicht so oft passiert!

Insoweit halten wir an dieser Regierung fest. Bessere Lösungen gibt es in der Tat nicht. Obwohl Etliche gerade herumüberlegen bzw. herumspinnen, um die schlimmere Alternative voranzutreiben: Den schrecklichen Matteo Salvini von der Lega, zusammen mit seinen Alliierten, der

1 Übersetzung: Federico Quadrelli.

offenkundigen Faschistin Meloni und dem schon allseits bekannten Cavalier Berlusconi. Letzterer spricht aber bereits auch mit dem anderen Matteo, Renzi, dem ehemaligen PD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten, der heute die kleine Partei „Italia Viva“ führt, die aus einer Abspaltung vom PD herrührt und der die Regierung Conte 2 absetzen möchte, um sie durch eine eher tragbare Koalition zu ersetzen. Ziel ist die Etablierung einer technokratischen Regierung. Dies war allerdings eine der schlimmsten Erfahrungen, die Italien gemacht hat. Zufällig wurde diese Regierung immer vom Arbeitgeberverband (Confindustria) unterstützt. Das Risiko, dass es zu einer solchen Regierung kommt, muss ernst genommen werden. Denn die wirtschaftlichen Kräfte agieren überall sehr potent, um zu erreichen, dass Italien auf ihre Linie einschwenkt. Immer, wenn eine Partei wie die 5-Sterne-Bewegung behauptet, weder Links noch Rechts zu sein, will sie sich unter dem Deckmantel des Unpolitischen verstecken, um sich den einfachen Entscheidungen der Mächtigen weiter anzupassen.

Während ich schreibe, findet gerade ein Machtkampf statt, bezogen auf das Thema „sblocca cantieri“ (Wiederaufnahme der Arbeit). Es geht darum, alle Regulierungen (sei es mit Blick auf den Umweltschutz oder auf die Arbeitsbedingungen) abzuschaffen. Begründet wird dies mit dem Zeitdruck und der Notwendigkeit wieder zum Status, der vor dem Ausbruch der Corona-Krise herrschte, zurückzukommen. Diese Position wird natürlich von der Rechten unterstützt. Aber auch die Renzi-Partei vertritt diese Haltung – wenn auch etwas zurückhaltender als die Rechte. Renzis Partei ist zwar eine kleine Fraktion, verfügt jedoch über ausreichend Sitze im Parlament, um die Regierung zu stürzen. Auch ist es möglich, dass Renzi weitere PD-Abgeordnete auf seine Seite ziehen wird.

Wenn ich sage, dass die Regierung diese Krise nicht schlecht gemanagt hat, ist es, weil ich die übermäßigen Angriffe auf die Regierung als ungerechtfertigt empfinde: Diese Angriffe bezogen sich auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise, die jedoch unverzichtbar waren, um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren. Beunruhigend ist, dass der Protest nicht ausschließlich nur von den Rechten ausging, die ganz offen-

sichtlich daran interessiert waren, diese Angriffe zu instrumentalisieren. Er wurde von einem Teil unserer UnterstützerInnen getragen, die diese Maßnahmen als einen nicht akzeptablen Angriff auf die Freiheitsrechte, wie sie unsere Verfassung garantiert, interpretierten.

Jahrzehntelange Entwicklungen hin zu mehr Individualisierung, eines Schwindens, sich als Teil eines Kollektivs zu fühlen, haben schließlich dazu geführt, dass das Gefühl für das „Wir“ einem übermäßig selbstbezogenen „Ich“ und einem überspitzten Wettbewerbsverhalten gewichen ist. Dieses hat uns den kulturellen und politischen Stempel des Neoliberalismus aufgedrückt. Das hat dazu geführt, dass wir ein altes und sakrosanktes Prinzip der Linken vergessen haben, dem entsprechend meine Freiheit dort endet, wo die des Anderen beginnt: In diesem Fall, das Recht zu haben, nicht von Virus angesteckt zu werden. Ich stelle diese Debatte dar, um Euch zu informieren, dass der Kampf zum Glück einigermaßen gut verlaufen ist. Denn die „Liberalen“ wurden durch einen Appel von Il Manifesto² gestoppt. Darin wurde darauf verwiesen, dass Freiheit nicht bedeutet, dass man machen kann, was man will. Dieser Appel wurde von Tausenden von Menschen unterzeichnet.

Es mag banal erscheinen, aber ich wollte in Erinnerung bringen, dass die Pandemie, die dramatische Schäden herbeigeführt hat, auch dazu beigetragen hat, insgesamt über alles etwas mehr nachzudenken. Es ist nun so, dass manche zu insinuieren beginnen, dass ich die Corona-Krise begrüßen würde. Ich schwöre, dass dem nicht so ist. Aber ich erkenne an, dass es sein zufälliger Verdienst ist, dass die Menschen erkennen, dass man allein nicht überleben kann, dass soziale Beziehungen unverzichtbar sind, um uns durch die Komplexität der gesellschaftlichen Strukturen zu leiten: Das ermöglicht uns, das frisch gebackene Brot am Morgen vorzufinden, die geöffnete Apotheke, die Autobusse, die Müllabfuhr... Bisher haben wir dies alles als selbstverständlich angesehen. Anstatt nur an uns selbst zu denken, haben wir wieder begonnen, unseren Blick zu weiten und an die Weltgesellschaft zu denken.

2 Anm. d. Red.: italienische links ausgerichtete Tageszeitung

Ein spezieller Italiener aus den „achtundsechziger Jahren“, zu früh gestorben, der Priester Don Milani, Lehrer in einem isolierten Dorf in den Bergen in der Toskana, schrieb: „Ich habe entdeckt, dass meine Probleme denen der Anderen gleichen. Zu versuchen, sie allein zu lösen ist nur eine geizige Haltung, die schrecklichste aller Sünden. Ihnen gemeinschaftlich zu begegnen, ist Politik.“

Es ist die Politikverdrossenheit, die dazu geführt hat, dass wir uns quasi von unserem alltäglichen Leben entfremdet haben. Daher haben wir das „Wir“ vergessen. Die Pandemie hat uns brutal gezwungen, uns an die Gemeinschaft zu erinnern; sie hilft uns zu verstehen, wie wichtig Politik für die Menschen sein kann. Und nicht nur das: Mein Freund, das Coronavirus, hilft uns gerade zu verstehen, dass die Ökologie nicht eine Sonntagsunterhaltung ist, sondern eine unverzichtbare Handlungsimplication. Und genau das hat uns ermöglicht, die Komplexität des Themas zu sehen.

Bezogen auf die tiefe Transition, die uns erwartet, muss der Umweltschutz als Priorität anerkannt werden. Es wird kein einfacher Prozess sein, wie manche „grüne Liberale“ mutmaßen, der nicht von Klassenkonflikten geprägt sein wird. Das ist das wirkliche Risiko: Dass auch eine nicht schlechte Regierung wie die Regierung Conte, und es gibt sehr viel schlimmere andere Regierungen, nicht bereit sein wird, die Verantwortung für die „Phase 3“ zu übernehmen, also für die Wiederbelebung der Ökonomie.

Viele haben sich in diesen Wochen der Epidemie stark geäußert, um zu unterstreichen, dass wir nicht weiter machen können wie bisher, sondern dass „die vorherige Normalität das Problem ist“ und dass es wichtig ist zu erkennen, dass die Vergangenheit Schuld an der Epidemie ist. Fast niemand (außer Trump) verneint, dass zwischen der Ausbreitung des Virus und der Zerstörung der Welt einen engen Zusammenhang gibt.

Mit seiner Autorität (und Intelligenz) hat der Papst folgendes wiederholt: „In einer kranken Welt können keine gesunden Menschen existieren“. Aber das Thema ist auf den politischen Ebenen ein Randproblem geblieben, lediglich unterstützt von Splitterbewegungen.

Es ist bemerkenswert, dass viele der Projekte, die in Brüssel entwickelt wurden, nun zu einem gemeinsamen Wertekanon geworden sind, auch da beständig davon gesprochen wird, was Europa tun muss. Natürlich gehört hier auch der viel zitierte „European Green New Deal“ dazu, der inhaltlich aber wenig Substanz hat. In der Tat scheint es auch keine „Task-Force“ innerhalb der Regierung zu geben, die das Thema weiterverfolgt. Niemand scheint ernsthaft interessiert daran zu sein, wie wir künftig produzieren und konsumieren wollen. Das heißt, es wird als Kernthema bisher nicht verfolgt. Es ist deutlich geworden, dass es zum Schutz vor künftigen Pandemien nicht ausreicht, wenn einige Solaranlagen oder einige Produktinnovationen als „grün“ auf den Markt geworfen und von einigen schlitzohrigen Unternehmern verkauft werden.

Der Green New Deal könnte nur dann als Roosevelt-Deal verstanden werden, wenn damit die freie Marktwirtschaft und damit das kapitalistische System in seinem Kern infrage gestellt würde. Man braucht eine echte Revolution. Es ist davon auszugehen, dass jene, für die das System im Grunde in Ordnung ist, davor Angst haben. Aber für diejenigen, die gründlicher hinschauen, ergibt sich, dass diese Transformation von den Schwächsten bezahlt werden muss.

Und dann gibt es die Angst von uns Linken, dass eine Revolution, die uns gefallen würde, um es mit einer bekannten Redewendung zu benennen, kein „Festessen“ sein wird, weder für den, der es zubereitet, noch für den, der es durchleben muss. Wir haben nicht den Mut, die Wahrheit auszusprechen, daher wollen wir uns mit dem Thema der Zerstörung unserer Welt nicht beschäftigen: Um sie zu retten, braucht man eine drastische Reduktion des Individualkonsums von Waren und Produkten, die heute weitgehend die Ressourcen der Erde zerstört haben. Und es ist klar, dass es tausende von Jahren brauchen wird, bis sich diese Ressourcen wieder regeneriert haben. Wenn diese enorme Warenproduktion reduziert wird, wird auch die Beschäftigung in den industriellen Branchen, in denen diese Waren produziert werden, auf dramatische Weise zurückgehen. Das heißt aber auch, dass diese sozialen Kosten Einige überhaupt nicht interessieren, diejenigen, die arbeitslos werden, allerdings schon.

Und wenn man die intensivierete Agrarwirtschaft, die Aufzucht von Tieren durch die weniger intensive Landwirtschaft ersetzt, werden die Kosten der Agrarprodukte insgesamt steigen, und es werden schließlich die Gewinne der Bauern stark einbrechen. Das heißt, wir müssen unsere Arbeit und unser Konsumverhalten überdenken, um diesen enormen Überfluss an Waren und Produkten, die unsere Einkaufszentren überfluten, durch kollektiven Konsum zu ersetzen und uns nur auf das konzentrieren, was wir wirklich benötigen: öffentliche Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Sorgeeinrichtungen, Erziehung und Bildung, Stadtplanung, die Restauration des Landes, das bei jedem Regen weggespült wird.

Es wird nicht an Arbeit und Beschäftigung fehlen, vielmehr wird die mögliche künftige Beschäftigung enorm zunehmen. Aber es wird nicht der Markt sein, der diese Transformation verwirklichen kann, denn dieser blinde Autopilot führt uns an der Nase herum. Es wird nie der Markt sein, der uns anzeigt, dass ein hoher Profit nicht das Maß für eine Investition sein darf, auch deshalb, weil derjenige, der davon profitiert, nicht für die Kosten der Schäden zahlt, die er verursacht. Denn diese Schadenskosten müssen im Regelfalle von der Gemeinschaft übernommen werden. Um diese Wende zu erzwingen braucht man eine Allianz zwischen Umweltaktivisten und der Gewerkschaft. Ein gemeinsames Projekt, das zum Glück Landini, der neue Generalsekretär unserer größten Gewerkschaft, der CGIL, am 1. Mai zur Priorität gemacht hat. Es wäre wirklich verhängnisvoll, wenn sich die Gewerkschaft auf die Verteidigung der alten industriellen Strukturen versteifen würde, um Beschäftigungsabbau zu vermeiden.

Es wäre auch fatal, wenn diejenigen, die diesen ökologischen Kampf führen, hinnehmen müssten, dass die betroffenen Arbeiter einer dramatischen Erpressung und dem Zwang ausgesetzt werden, – wie die Arbeiter des größten europäischen Stahlwerks Italsider in Taranto – zu wählen, ob sie „an Krebs oder an Hunger sterben“ wollen.

Es ist keineswegs übertrieben, den Begriff „Revolution“ zu verwenden, um die erforderliche Transformation zu beschreiben: Die kultu-

relle Revolution betrifft jeden von uns, der lernen möchte, genügsamer zu leben (und genügsamer zu leben, wird leichter sein, für diejenigen, die es gewohnt sind, weil sie arm sind); durch den Aufstand der Klassen soll verhindert werden, dass die Transformationskosten von den Schwächsten bezahlt werden müssen. Aber das, was wir, die Linken, tun müssen, ist viel mehr.

Wir müssen wieder beginnen, weiträumig, zukunftsorientiert und langfristig zu denken. Wir müssen wieder dahin zurückkehren, die Irrationalität des Kapitalismus deutlich anzusprechen und für eine gerechte Verteilung der Ressourcen kämpfen. Wir müssen lernen, wie man weise verhandelt, weil dies notwendig ist für den langen sozialen und kulturellen Prozess, den die Revolution erfordert. Es geht um die Fähigkeit, sich darüber hinaus vorzustellen, dass „eine andere Welt möglich ist“.

Und, ich füge an, um etwas genauer zu sein, dass ich in den zirkulierenden Dokumenten und in den Medien eine euphorische Rückkehr zum Keynesianismus sehe sowie eine starke Orientierung auf staatliche und öffentliche Interventionen, um die Marktentwicklung richtungsweisend zu beeinflussen. Aber war es nicht bereits vor Jahren so, dass wir in unseren Foren zum Thema „Gemeinschaftsgüter“ oder bezüglich der Wiedererfindung des Mutualismus Diskussionen führten, die verhindern sollten, dass „Öffentlichkeit“ nicht nur als „Staatlichkeit“ verstanden wird, sondern als „Vergesellschaftung“? Nun haben wir eine gute Gelegenheit, unsere Utopien weniger utopisch zu machen, sie als ein Projekt zu begreifen oder zumindest als Experiment.

Mein Gott, das Wort „Revolution“ zu schreiben, erscheint mir doch nach wie vor als etwas Besonderes. Aber die epidemische und die sogar noch schlimmere soziale Krise zwingen uns, eine Revolution wieder in Betracht zu ziehen. Ab sofort müssen wir uns mit aller Kraft auf das konzentrieren, was wir in den vor uns liegenden Zeitabschnitten in Angriff nehmen wollen, um die bisherige Kohärenz mit den in die Zukunft gerichteten strategischen Zielen angemessen zu verknüpfen. ■